



SHRINKING SPACE FOR CIVIL SOCIETY:

Was kann die Zivilgesellschaft dagegen tun?

Die Weltkarte von CIVICUS zeigt: Es herrscht Alarmstufe für die Zivilgesellschaft – und zwar weltweit. Das Netzwerk hat alle Länder, in denen der zivilgesellschaftliche Raum stark eingeschränkt ist, nach dem Grad der Einschränkung eingestuft. Die Ausprägungen des „shrinking space“ sind vielfältig. Es geht um restriktive Gesetzgebung und administrative Hürden für zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber auch um Überwachung, Einschüchterung, Bedrohung, Diffamierung von regierungskritischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und reicht in einigen Fällen bis hin zu Verhaftungen, Verletzungen und Mord. Es sind vor allem nationalistische und autokratische Regierungen, die den zivilgesellschaftlichen Raum einengen – aber auch Regierungen in vorgeblich demokratischen Staaten sowie einflussreiche privatwirtschaftliche Akteure. Nach dem CIVICUS Monitor sind 109 Länder von einem eingeschränkten zivilgesellschaftlichen Raum betroffen: jeder Dritte lebt in einem Land, in dem sich die Zivilgesellschaft nicht frei äußern oder ungehindert agieren kann. Für fast jeden Zehnten ist dieser Raum sogar ganz geschlossen.

Analyse: Was sind die Gründe und Herausforderungen?

Staatliche Machthaber haben viele Möglichkeiten, fundamentale Rechte einer Gesellschaft auszuhebeln. Regierungen können beispielsweise mittels einer Anti-Terrorismus-Gesetzgebung die Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsäußerungsfreiheit im Land einschränken oder ganz aufheben. Sie können Bürger_innen Demonstrationen oder den Zugang zu Konfliktregionen oder Minenabbauprojekten verwehren, Medienhäuser schließen oder enteignen, sowie Sprachen und kulturelle oder religiöse Traditionen verbieten. Sie können die Pässe von NRO-Mitarbeitenden und Aktivist_innen einziehen, auch bei Einladungen aus dem Ausland, und damit die Reisefreiheit aushebeln. Wer dennoch fährt, muss oft bei Wiedereinreise mit Schikane oder Verhaftung rechnen. Über administrative Hürden, unverhältnismäßige gesetzliche Kontrollen und Rechtsvorschriften gegen ausländische Finanzierung und Steuergesetze versuchen Regierungen zudem, die NRO finanziell auszutrocknen und ihr Einkommen zu kontrollieren.

Oft können gemeinnützige Organisationen nur dann Finanzierung aus dem Ausland erhalten, wenn sie dafür registriert sind. Um die Kontrolle über eine NRO zu erhalten, verlangen etliche Länder auch, dass NRO Finanzierungsquellen, Mitarbeiter, Tätigkeitsfelder oder Unterstützer in einem unverhältnismäßigen

Maß offenlegen, das Persönlichkeitsrechte und Datenschutz verletzt. Kommen sie dem nicht nach, droht ihnen der Verlust der Lizenz, Bußgeld oder Verhaftung. Bankkonten von Organisationen werden eingefroren oder Überweisungen müssen einzeln von Behörden autorisiert werden. Ohne Finanzmittel sind viele Organisationen dann gezwungen, ihre Arbeit einzustellen.

Perfider und lebensbedrohlicher sind die Versuche seitens der Staatsmacht – häufig auch gemeinsam mit Unternehmen oder Milizen –, Aktivisten und NRO zu kriminalisieren oder sie psychisch und physisch zu bedrohen. Lokale NRO, die ausländische Unterstützung bekommen oder nicht die Regierungsmeinung vertreten, werden z.B. als subversiv, antinationalistisch oder Helfer ausländischer Agenten gebrandmarkt bzw. für schlechte Wirtschaftsdaten oder eine instabile politische Lage verantwortlich gemacht. Regierungsstellen verbreiten auch Gerüchte, Falschmeldungen („fake news“) und Korruptionsvorwürfe. Solche Diffamierungskampagnen, die oft mit anderen Repressionen einhergehen, gefährden die persönliche Sicherheit der Attackierten und führen bei den Organisationen oft auch zu Selbstzensur. Ein zerstörter Ruf polarisiert zudem die Gesellschaft – auch das schwächt zivilgesellschaftliche Arbeit – und schreckt Geber und Unterstützer ab.

Allerdings können auch staatliche Geber und ausländische Regierungen Mitverantwortung tragen, dass die Zivilgesellschaft in vielen Ländern eingeschränkt wird: Um eigene handelspolitische oder geostrategische Interessen durchzusetzen, um Rohstoff- und Energiezufuhr zu sichern oder – aktuell – um Flüchtlingsströme nach Europa einzudämmen, arbeiten die deutsche Regierung und die EU mitunter mit undemokratischen und repressiven Regierungen zusammen oder nehmen deren Menschenrechtsverstöße zumindest schweigend hin – und schwächen so die Zivilgesellschaft dieser Länder.

Auch die zunehmende Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft und eine inkonsequente oder widersprüchliche Menschenrechtspolitik Deutschlands kann die Zivilgesellschaft in vielen Ländern schwächen. Deutschland hat sich zwar über internationale Abkommen verpflichtet, Menschenrechte zu wahren. Statt Gesetze, welche deutsche Unternehmen im Ausland in die Verantwortung nehmen, wird jedoch – wie auch beim Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte – auf Selbstverpflichtungen der Unternehmen gesetzt.

FACTSHEET

Denkanstöße: Mögliche Handlungsstrategien und Reaktionen:

A) STRATEGISCHE VERBÜNDETE SUCHEN:

1. In der breiten Bevölkerung und Öffentlichkeit, und zwar durch:

... transparente Informationen: NRO sollten ihre Arbeit transparent machen sowie Gerüchte oder Denunziationen offensiv, öffentlich und nachvollziehbar widerlegen – sonst gären diese unerschrocken weiter. Das gefährdet Ruf, Rückhalt und Finanzierung.

... informieren und über Diskurs Rückhalt suchen: NRO sollten stärker Themen in die Öffentlichkeit setzen – und dies nicht den Populisten überlassen. Sie sollten der (in restriktiven Staaten häufig desillusionierten) Öffentlichkeit klare Botschaften geben, wie jeder Einzelne zu einer funktionierenden Zivilgesellschaft beitragen kann und von einer funktionierenden Zivilgesellschaft profitiert. Dafür können NRO auch Soziale Medien stärker einsetzen.

... Annäherung an die Basis der Gesellschaft: NRO sollten sich als Teil von sozialen Bewegungen verstehen und konsequent mit lokalen Gemeinden und selbstorganisierten Gruppen zusammenarbeiten. NRO müssen lokale Umsetzungsstrukturen ernst nehmen, mit in ihre Arbeit einbeziehen und – wenn nötig – mobilisieren.

↘ Mit anderen NRO, und zwar durch:

... Solidarität, Kooperation und Koalitionsbildung statt Wettstreit: NRO sollten miteinander nach dem gemeinsamen Nenner – einem Mindestkonsens oder gemeinsamen grundlegenden Interessen (etwa Gender oder Frieden) – suchen und diesen dann geschlossen vertreten. Vereint sind NRO weniger angreifbar.

... Versöhnungsbereitschaft zivilgesellschaftlicher Gruppen, inklusive NRO, in Postkonfliktländern gezielt fördern.

... Einigung innerhalb der Zivilgesellschaft und der NRO auf einen Verhaltenskodex, an den sich alle halten.

↘ Mit Medien, und zwar durch:

... offensive Medienarbeit: In Ländern, in denen die Pressefreiheit gewährleistet wird, können NRO zu einzelnen Redakteuren und Mitarbeitern von Medien Kontakt aufnehmen. Sie können ihnen als Informationsquelle dienen und dadurch Missstände publik machen.

↘ In der Exekutive und Legislative des Landes, und zwar durch:

... informelle Kontakte mit sympathisierenden, Ministeriumsmitarbeitenden, Parlamentsabgeordneten oder ehemaligen Aktivisten der Zivilgesellschaft, die heute politische Ämter innehaben.

... NRO sollten Regierungsvertreter_innen deutlich machen, wie das Land gesellschaftlich und wirtschaftlich von einer funktionierenden Zivilgesellschaft profitieren würde und sie an ihre Verpflichtungen erinnern – schließlich haben viele Länder internationale (Menschenrechts-)Abkommen und die SDG unterzeichnet.

↘ In den diplomatischen Vertretungen:

... Botschaften und internationale Organisationen können wichtige Unterstützer von lokalen zivilgesellschaftlichen Gruppen sein, regelmäßiger Austausch mit ihnen kann auch den Schutz für bedrohte Akteure erhöhen.

2. Besser und anders kommunizieren:

↘ In und mit der (Mehrheits-)Gesellschaft: NRO sollten nach einem neuen oder zumindest erweiterten Diskurs suchen, so dass sich NRO und die gesellschaftliche Basis im Land weiter annähern (Stichworte: What really matters to the people).

↘ NRO und weitere zivilgesellschaftliche Akteure – etwa Gewerkschaften, religiöse Gruppierungen, soziale Bewegungen oder Internetaktivist_innen – sollten den Austausch untereinander suchen und fördern. Denn zivilgesellschaftliche Akteure haben verschiedene Handlungsstrategien, Interessen und Wertevorstellungen: ein besseres Verständnis füreinander zu haben, vermeidet die Spaltung der Zivilgesellschaft und fördert die Solidarität und die Konsensfindung.

↘ NRO sollten soziale Medien stärker nutzen. Und zwar für Informationsaustausch, Gegenargumente, Fakten und (Beratungs-)Angebote.

↘ NRO sollten sich in ihrer digitalen Kommunikation besser schützen und sensibel mit Informationen von gefährdeten Süd-Partnern umgehen.

↘ NRO sollten Öffentlichkeit schaffen, etwa durch die Dokumentation und Veröffentlichung von Fällen. Menschenrechtsinstitutionen, selbst wenn sie oftmals ineffektiv sind, können ein geeigneter Partner sein, denn oft dokumentieren sie die Fälle.

↘ NRO können über interkulturelle Brückenbauer – etwa Migranten in Nachbarstaaten oder allgemein Diaspora-Gemeinden – solidarische Allianzen eingehen, um auf Missstände hinzuweisen.

3. Den Rechtsweg einschlagen und als Option begreifen:

... NRO sollten Gerichtsprozesse nicht vermeiden und scheuen, sondern offensiv suchen und nationale/internationale Vereinbarungen und Menschenrechtsgesetzgebung einfordern, einklagen oder ggfs. juristisch anfechten.

... NRO sollten Prozessbeobachter einbinden.

FACTSHEET

... NRO sollten sich für die Gewährleistung von juristischer Aufarbeitung einsetzen – im Allgemeinen und bei von konkreten Fällen. Wenn notwendig, könnten sich NRO zum Beispiel für die Einrichtung eines hybriden Gerichtshofs einsetzen, der nicht an ein nationales Justizsystem gebunden sind, sondern eine Kombination aus nationalem und internationalem Recht vertritt.

... NRO, die juristische Kompetenzen haben, könnten andere NRO bei Klagen unterstützen bzw. Schulungen in juristisch relevanten Themen anbieten.

4. Einkommensquellen diversifizieren:

... NRO, bei denen Anwälte arbeiten, können z.B. extern juristische Dienstleistungen anbieten. Dadurch würden sie in ihrer Menschenrechtsarbeit weniger abhängig von Gebern und Gesetzen, die Finanzierungsmöglichkeiten einschränken.

... NRO können die Unterstützung von Unternehmen oder Stiftungen suchen, die vor Ort CSR-Maßnahmen unterstützen wollen.

... NRO können zur Not selbst in einer anderen Rechtsform als For-Profit-Organisation arbeiten und dadurch Finanzierungsbarrieren entgehen.

B) DAS KÖNNEN PARTNER VON BETROFFENEN NRO TUN:

1. Anpassung der Programmziele, -inhalte und -umsetzung – und zwar an die Herausforderungen, die durch Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume entstehen („re-strategizing“), durch:

... Stärkerer Fokus auf Schutz von Menschenrechten sowie Stärkung der Zivilgesellschaft bei der Programmplanung (Finanzierung, Budgetplanung und Anforderungen der Geber an Berichtswesen und Evaluierung).

... Capacity Development: Resilienz-Trainings, Kurse in digitaler Sicherheit und juristische Schulungen, etwa über Kommunikationsfähigkeiten in juristischer Sprache.

... neuen Audit-Fokus: Evaluierende können bei Projekten auch prüfen, ob und wie Menschenrechtsgesetzgebung und SDGs umgesetzt wurden. Erreicht der lokale Partner aufgrund der Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume im Projektland manche Projektziele nicht, können Nord-NRO dies im Audit berücksichtigen und gegenüber Gebern begründen.

... Langfristiges Engagement: Institutionelle Förderung und Abkehr von 3-Jahres-Projektlaufzeiten.

... Aufbau von lokalem Leadership.

... Den privaten Sektor über die Folgen eines Investments in Ländern mit autokratischen und menschenrechtseinschränkenden Regimen aufklären – und auf den möglichen Imageschaden hinweisen.

2. Schutzmechanismen aufbauen bzw. existierende Mechanismen bekannt und zugänglich machen:

➤ Notfallfonds für betroffene Partner auflegen, die schnell und unbürokratisch bei Relokationen von bedrohten Mitarbeitenden, juristischer Beratung, Sicherheitskonzepten etc. unterstützen können.

➤ Betroffenen Partnern psychosoziale Unterstützung anbieten.

3. Solidarität offen aussprechen und Stellung beziehen:

➤ In Absprache mit betroffenen NRO klar Stellung gegenüber relevanten Regierungen beziehen.

➤ Druck auf den privaten Sektor im eigenen Land ausüben, damit sie ihre sozial-ökologische Verantwortung im Land der Produktion/der Investition wahrnehmen, sowie an den möglichen Imageschaden erinnern. Dies auch über Medien im In- und Ausland.

➤ Betroffene Partner moralisch stärken und auch zu Gerüchten Stellung nehmen.

➤ Nach Möglichkeit Konsultationen vor Regierungsverhandlungen nutzen, um auf die Verabschiedung oder die Umsetzung von Menschenrechtsgesetzgebungen zu drängen.

4. Unterstützende Maßnahmen leisten:

➤ NRO aus Deutschland können Vertreter_innen der deutschen Regierung (Parlamentarierdelegationen, BMZ, AA) oder Wirtschaftsdelegationen vor Auslandsreisen mit aktuellen Informationen aus erster Hand über die Menschenrechtssituation versorgen oder Treffen mit lokalen NRO organisieren.

➤ NRO und Stiftungen können sich stärker für die Finanzierung von Projekten zum Schutz von Menschenrechten und Menschenrechtsaktivisten sowie zur Stärkung der Zivilgesellschaft einsetzen.

➤ Bei der Kommunikation mit den betroffenen Partnern sowie Anforderung von Informationen (sei es via Email, in den Anhänge oder per Telefon) aufpassen, die Partner nicht zu gefährden.